



- Es gilt das gesprochene Wort -

Rede

*„Die späte Aufarbeitung – Vom Runden Tisch zur
Unabhängigen Aufarbeitungskommission Kindesmissbrauch“*

**Johannes-Wilhelm Rörig,
Unabhängiger Beauftragter für Fragen
des sexuellen Kindesmissbrauchs**

anlässlich

**Fachtagung „Kind du bist uns anvertraut“
der Evangelischen Akademie Tutzing**

am 30. Januar 2016 in Tutzing



Anrede

Herzlichen Dank, dass wir hier in der Evangelischen Akademie Tutzing an diesem Wochenende gemeinsam in großer Runde den Diskurs über sexuellen Missbrauch intensivieren und weiter führen können. Mit Blick auf die bereits geleistete Aufarbeitung. Aber auch mit Blick darauf, welche Fragen wir uns weiterhin stellen müssen! Wie lässt sich Missbrauch besser verhindern? Vor welchen neuen Gefahren stehen wir? Wie ist es um die Kinderrechte bei uns im Land bestellt?

„Die späte Aufarbeitung – Vom Runden Tisch zur Unabhängigen Aufarbeitungskommission Kindesmissbrauch“, so lautet der Titel meines Beitrags. Allseits bekannte Meilensteine haben wir da vor Augen: Die Einberufung des Runden Tisches durch die Bundesregierung 2010, die gleichzeitige Berufung von Dr. Christine Bergmann zur ersten Unabhängigen Beauftragten, erfolgreiche und gescheiterte Aufarbeitungsvorhaben, zum Beispiel der Kirchen, der Grünen, der Odenwaldschule. Wichtige Buchveröffentlichungen über den erlittenen Missbrauch, wie die von Pola Kinski oder Andreas Huckele. Die Konstituierung des Betroffenenrates als Fachgremium auf Bundesebene Anfang 2015. Und jetzt die Berufung der unabhängigen Aufarbeitungskommission Kindesmissbrauch.

Viele von Ihnen kennen die schmerzhaften und von vielen Rückschlägen gekennzeichnete Auseinandersetzung mit dem Thema sexueller Kindesmissbrauch sehr genau. Verantwortliche haben jahrelang bagatellisiert und vertuscht. Gesellschaft und Politik haben viel zu lange tatenlos weggeschaut. Viele von Ihnen haben aber auch erlebt, wie im Jahr 2010 durch Beharrlichkeit, Mut und Vernetzung immer mehr ans Licht kam und daraus endlich Skandal und schließlich ernsthafte Befassung wurde.

Viele von Ihnen haben das nicht nur miterlebt. Sie waren auch Motor dieses Bewusstseinsprozesses in unserer Gesellschaft. Ich denke hier insbesondere an die Betroffenen, die den Mut hatten, ihr Schweigen zu brechen, an die hochengagierten Fachleute in den Beratungsstellen und die geduldgigen Zuhörerinnen und Zuhörer der einzelnen Aufarbeitungsprojekte. Ich denke natürlich auch an die unendlich wichtige Arbeit vieler Medien, vieler Journalistinnen und Journalisten, die den Diskurs mit präziser Recherche und beeindruckenden Berichten immer wieder in die Gesellschaft tragen. Und: Ich denke natürlich an die unendlich wichtige Forschungsarbeit engagierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Bundesrepublik Deutschland hat Ihnen allen viel zu verdanken!



Als 2010 der Runde Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch“ zusammentrat, wurde ein überaus wichtiger Schritt gewagt. Endlich wurde politische und gesellschaftliche Verantwortung übernommen. 66 Expertinnen und Experten identifizierten Handlungsdefizite, beschlossen viele wichtige Empfehlungen – jedoch: ohne Verbindlichkeit, sodass bis heute vieles noch immer nicht umgesetzt ist.

Meine Vorgängerin, Dr. Christine Bergmann, war mit ihrem Amt eine erste staatliche Anlaufstelle für Missbrauchsoffer, Ohr und Sprachrohr für Betroffene. Sie hat im Mai 2010 das wichtige Hilfetelefon Sexueller Missbrauch geschaltet. Mehr als 30.000 Telefonate wurden über dieses Hilfetelefon bis heute geführt. Über 5.000 Briefe von Betroffenen gingen bis heute bei uns ein.

Der Runde Tisch hat wichtige Impulse gesetzt und viele Fragen aufgeworfen, die aber weiterhin auf Beantwortung warten. Warum schauten so viele weg? Wodurch wurde Missbrauch ermöglicht und begünstigt? Warum wurde Aufarbeitung verhindert? Warum kamen die Täter oft davon? Und was hat das mit den kulturellen Werten und der Stellung des Kindes in unserer Gesellschaft zu tun?

Werte sind das Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Wertvolle Positionen, hinter denen sich der Großteil einer Gesellschaft wiederfindet. Die Stellung der Kinder in unseren Familien und in der Gesellschaft hat sich in den letzten hundert Jahren stark gewandelt. Kinderarbeit ist bei uns heute geächtet. Seit dem Jahr 2000 haben Kinder in Deutschland endlich ein gesetzliches Recht auf gewaltfreie Erziehung. Beim Schutz der Kinder vor sexueller Gewalt stehen wir aber noch am Anfang. Noch immer gehört sexuelle Gewalt zu einem Grundrisiko einer Kindheit in Deutschland, obwohl wir längst universelle Kinderrechte formulieren und der Schutz vor Gewalt dazu gehört!

Der Blick in die Vergangenheit zeigt uns den mühsamen, aber wichtigen und letztlich doch auch erfolgreichen Weg des Wertewandels in Deutschland, insbesondere bei der Rolle der Frauen und den Rechten des Kindes.

Die damit verbundenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hatten grundlegende Folgen für die Veränderungen von Rollenbildern in der Familie und für die Stellung des Kindes.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat beispielsweise die durch die Abwesenheit der Männer erzwungene Selbständigkeit der Frauen leider nicht zu einem Abbau patriarchaler Familienbilder und gesellschaftlicher Strukturen geführt.



Im Gegenteil: Die Ära Adenauer erlebte eine Zeit der Restauration und der gesellschaftlichen Enge. Ein Sinnbild für die von Angst bestimmten Beziehungen der damaligen Zeit sind die Stöcke und Stöckchen in den Klassenzimmern. Wir wissen heute, dass auch diese Zeit eine Zeit entsetzlicher sexueller Übergriffe auf Kinder und Jugendliche war. Nur haben wir damals kaum etwas davon erfahren.

Die 60er-Jahre waren geprägt durch die Auflehnung der studentischen Nachkriegsgeneration gegen ihre Väter und Mütter, denen oft die Nazizeit mehr in den Knochen steckte, als sie selbst wahrhaben wollten. Sex, Drugs and Rock´ n Roll schwappten aus den USA in die Bundesrepublik herüber. Für einige war dies Befreiung. Leider nicht für jede oder jeden. Wir wissen heute, dass die sexuelle Befreiung, die gegen die Alten erkämpft wurde, die Ausbeutung der Kinder nicht beendet hat. Im Gegenteil: Da wurden teilweise im pädagogischen Mäntelchen Argumente gebastelt, die es den Opfern sexuellen Kindesmissbrauchs unendlich schwer machten, geschützt zu sein oder die Hilfe der Gesellschaft zu finden.

Die Frauenbewegung setzte in den 70er-Jahren entscheidende Impulse gegen Gewalt an Frauen und ab den 80er-Jahren dann auch erste sehr wichtige Impulse gegen sexuellen Kindesmissbrauch.

In der ostdeutschen Vergangenheit spielte die Libertinage eine eher untergeordnete Rolle. Hier waren es eher die politischen Repressionen und die gesellschaftlichen Machtstrukturen, die Missbrauch ermöglichten, beispielsweise in geschlossenen Systemen wie den Jugendwerkhöfen.

2010 war das Gesamtwohl des Kindes so stark in den gesellschaftlichen Wertekanon gerückt, dass die Dimension sexueller Gewalt an Kindern nicht mehr verharmlost oder bagatellisiert werden konnte. Der Skandal traf unsere Gesellschaft mit ganzer Wucht!

Was aber blockierte bis dahin unsere Sensibilität, unser Problembewusstsein und unsere Fürsorge für die Kinder? Was hat sich geändert, dass wir heute hier sitzen und nicht schon vor zehn Jahren hier sitzen konnten?

Auch wenn die Sensibilität gewachsen ist. Wir haben es noch heute mit Widerständen, Verharmlosungen und Unverständnis zu tun, deren Quellen tiefer als in zeitgenössischer Ignoranz liegen. Hinzu kommt sicher auch, dass wir ein unangenehmes und zutiefst verstörendes und schmerzliches Thema behandeln.



Erst durch die konsequente Aufarbeitung der sexuellen Gewalt an Kindern werden die Einstellungsmuster sichtbar, die die Kulisse für die Gewalttaten bildeten und heute noch bilden. Die Ängste begreifbar, die Menschen zur Abwehr, zum Wegsehen, zur Verweigerung menschlicher und politischer Unterstützung drängen.

Durch konsequente Aufarbeitung erkennen wir Täter und Täterinnen, Verharmloser, freiwillige und unfreiwillige Unterstützer. Wir erkennen die Opfer und die Systematik hinter dem Verbrechen. Wir erkennen, warum ein Gerold Becker so lange als hervorragender Pädagoge durchgehen konnte und warum es trotz des Missbrauchsskandals in Deutschland so schwer war, die Politik für die Einsetzung einer Aufarbeitungskommission zu gewinnen.

Jetzt – vor wenigen Tagen – konnte ich endlich die sieben Mitglieder der unabhängigen Aufarbeitungskommission Kindesmissbrauch berufen. Die Einwilligung dazu musste ich der Bundespolitik regelrecht abringen. Die Politik selbst war akribisch darauf bedacht, die eigene Verantwortungsübernahme möglichst klein zu halten. Ca. 1,4 Mio. Euro werden der Kommission jetzt pro Jahr für drei Jahre zur Verfügung stehen.

Machen wir uns aber nichts vor. Trotz aller bisherigen Erfolge sind wir längst nicht auf der gesellschaftlich sicheren Seite. Ja, es gab und gibt die bereits erwähnten wichtigen Aufarbeitungsvorhaben der Kirchen und Orden, der Grünen, der Odenwaldschule und einiger anderer Institutionen. Ich denke auch an Regensburg und Hildesheim. Es gibt – ohne Frage – inzwischen auch mehr und mehr Anstrengungen bei Prävention und Hilfen. Aber noch immer gibt es jährlich über 12.000 Ermittlungs- und Strafverfahren wegen sexuellem Kindesmissbrauchs. Die Dunkelziffer ist noch weitaus höher. Neue Gefahren entstehen, insbesondere durch digitale Medien.

Insgesamt hält sich die Politik leider nach wie vor unvertretbar bei der Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches aus dem Jahr 2011 zurück. Zum Beispiel bei der seit Jahren säumigen Reform des Opferentschädigungsgesetzes, den versprochenen schnellen und unbürokratischen Hilfen für Betroffene durch ein ergänzendes Hilfesystem und der vom Runden Tisch dringend geforderten personellen und finanziellen Stärkung der auf sexuelle Gewalt spezialisierten Fachberatungsstellen – leider auch noch bei der Unterstützung der Einführung von wirkungsvollen Präventions- und Schutzmaßnahmen zum Beispiel in Kitas und Schulen.



Auch deshalb liegt eine so große Hoffnung auf der Arbeit der neuen Aufarbeitungskommission. Die Kommission kann, unterstützt durch ein eigenes Büro und in Kooperationen mit Wissenschaft und Forschung, Räume öffnen, die Betroffenen das Sprechen ermöglichen, jenseits der Gerichtssäle und Therapieräume und auch jenseits der Organisationen, in denen der Missbrauch begangen wurde. Diese Übernahme staatlicher Verantwortung auf Bundesebene für die Aufarbeitung von Missbrauch in der Vergangenheit ist neu.

Die Kommission wird Missbrauch in Institutionen in den Blick nehmen und deren Aufarbeitungsergebnisse zusammenführen. Sie wird Missbrauch im familiären Kontext, im sozialen Nahfeld und durch Fremdtäter untersuchen. Neben Missbrauchsoptionen wird sie auch Zeitzeugen anhören und Forschungsbedarf identifizieren. Sie wird Empfehlungen für Prävention und Hilfen geben und kann die Einrichtung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen fordern, wenn ihr dies geboten erscheint.

Die Kommission kann dadurch wichtige Ziele der Aufarbeitung verfolgen: verborgene Wahrheiten ans Licht befördern, Missbrauchsoptionen Genugtuung geben, erlittenes Unrecht anerkennen, den Blick für die aktuellen Gefährdungen von Mädchen und Jungen schärfen und gesellschaftliche Einstellungsmuster entlarven. Ich verspreche mir von der Aufarbeitung der Vergangenheit künftig einen wacheren Blick auf alte Gefahren und neue Herausforderungen und eine Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Bewusstseins.

Dass der gesellschaftliche Bewusstseinsprozess kein gradliniger Weg ist, das zeigt uns aktuell die Flüchtlings- und Einwanderungsdebatte.

Es ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit, die berechtigte Empörung über sexuelle Gewalt nicht in Forderungen nach extremistischen Lösungen umschlagen zu lassen. Wir müssen jetzt in der Einwanderungs- und Flüchtlingsdebatte differenzierte Diskussionen führen und einen kühlen Blick für die Realitäten bewahren. Sachlich, und nicht emotional oder populistisch aufgeheizt, auch wenn gesellschaftliche und politische Gruppierungen gerade dies versuchen.

Hierzu gehört auch, dass wir uns mit den Menschen, die Teil unserer Gesellschaft sind, über Themen wie Gleichberechtigung, gewaltfreie Erziehung, Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen, auch jeder Frau und jedes Kindes, auch in der Sexualität, auseinandersetzen. Themen, die von vielen Menschen in den Herkunftsländern anders gelernt und verstanden werden.



Universelle Rechte von Frauen und Kindern sind nicht verhandelbar.

Beim Blick auf den Schutz der Flüchtlingskinder sehe ich einen viel zu langsamen Lernprozess bei Politik und Verwaltung. Vordergründig haben wir jetzt eine große Zahl von Schutzbefohlenen in unserer Mitte. Es besteht eine absolut dramatische Situation in den Notunterkünften. Es fehlen zumeist personelle und räumliche Mindeststandards, die Kinder vor Gewalt schützen.

Ich hoffe sehr, dass die Bundesregierung und die Mehrheit des Deutschen Bundestages bei der anstehenden Asylgesetzgebung die geflüchteten Kinder in den Flüchtlingsunterkünften nicht aus dem Blick verlieren. Die EU-Aufnahmerichtlinie (RL 2013/33/EU) muss bei uns in Deutschland endlich umgesetzt werden. Im Sinne der Gewährleistung des Kindeswohls ist es unerlässlich, dass demnächst eine Betriebserlaubnis für den Betrieb einer Flüchtlingsunterkunft erforderlich ist, die nur dann erteilt wird, wenn in der Unterkunft auch geeignete Maßnahmen getroffen wurden, um dort sexuelle Übergriffe und Belästigungen zu verhindern.

Ich bewundere das ehrenamtliche Engagement und mir ist klar, dass wir auf diese Form der mitmenschlichen Unterstützung aktuell mehr denn je angewiesen sind. Ich stelle aber fest, dass noch immer viel zu viele Haupt- und Ehrenamtliche mit Kindern arbeiten, ohne dass normale Schutzstandards eingehalten werden. In Einrichtungen, in denen es keine klaren Strukturen gibt, wie es oft in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften der Fall ist, haben es Täter leicht, Nähe zu Kindern herzustellen und sexuelle Übergriffe zu begehen. Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte müssen den gleichen Schutz und den Vorrang des Kindeswohls gewährleisten wie alle anderen Einrichtungen in Deutschland, denen Kinder anvertraut sind. Auch Flüchtlingsunterkünfte dürfen kein Raum für Missbrauch sein. Aktuell ist Kind nicht gleich Kind in Deutschland!

Es wird dringend Zeit, dass sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen von Politik und Gesellschaft als eines der größten Verbrechen begriffen wird, das man Kindern und Jugendlichen antun kann. Wir müssen unsere Haltung ändern und alle Mädchen und Jungen künftig besser schützen. Wir müssen viel mehr in Prävention investieren. Auch hierfür brauchen wir dringend eine unabhängige Aufarbeitung, um aus der Vergangenheit zu lernen, für die Gegenwart, für die Zukunft und für ein achtsames Miteinander, in dem sich unsere Gesellschaft schützend vor alle ihr anvertrauten Kinder stellt.

Herzlichen Dank!